

Albrecht Göschel
Berlin

„Wenn das Erwerbsleben endet, ist längst nicht alles vorbei.“ Zur Zukunft von Alter und
Altenpolitik

Vortrag vor dem „Zukunfts-Forum Baden-Baden“ am 5. Dezember 2012

1. Das „Zukunftsproblem“

Auch wenn man „nur“ nach der Zukunft des Alters und der Altenpolitik fragt, formuliert man ein Zukunftsproblem, erhebt also den Anspruch, Aussagen über die Zukunft machen zu können, und das ist für Wissenschaftler immer ein Problem. Wissenschaftliche Aussagen basieren auf überprüfbaren Daten. Die Zukunft besteht aber noch nicht, kann also nicht als „Datum“ behandelt werden, so dass streng genommen keine Aussagen möglich sind. Dennoch gibt es eine wissenschaftliche Zukunftsforschung und Zukunftsaussagen in fast allen Wissenschaften. Immer aber basieren deren Thesen auf Trendverlängerungen oder Trendprognosen, also im Grunde auf Daten der Gegenwart, von denen man allerdings annimmt, dass sie die Zukunft prägen und beeinflussen werden. Unsicher sind dann in der Regel aber die Stabilität einzelner derartiger Trends und vor allem deren wechselseitige Abhängigkeiten und Beeinflussungen, und die Einschätzungen derartiger wechselseitiger Einflüsse hat sich in den letzten Jahren von linearen Verlängerungen einzelner Trends zur Annahme hochkomplexer Verflechtungen ganz grundlegend gewandelt.

2.1. „Zukunft“ in der fordistischen Moderne

Die klassische oder auch „fordistische“ Moderne, die von den 1920er- bis zu den 1980er-Jahren angesetzt wird, war eher von derartigen linearen, kontinuierlichen Zukunftsbildern geprägt. Vor allem die Vorstellung einer ständigen Beschleunigung, einer mehr oder weniger kontinuierlichen Wohlstandsteigerung – für Alle –, also eines ständigen Fortschritts in allen Lebensbereichen bestimmte Zukunftsbilder. Diese Steigerungen schienen glatt, widerspruchslös und rational im Sinne einer technisch-planerischen Rationalität abzulaufen. Die Tatsache unerwünschter Nebenfolgen schien entweder nicht zu bestehen oder diese Nebenfolgen, diese nicht intendierten Wirkungen von Fortschritt wirkten vollkommen beherrschbar, schienen also in das Bild vom umfassenden Fortschritt an Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit integrierbar zu sein.

In Städtebau-Utopien, wie sie von Le Corbusier oder Wolfgang Hilbersheimer, vom Bauhaus oder auch von Deutschen Werkbund – bis zum Zweiten Weltkrieg – vertreten wurden, kommen diese linearen und kontinuierlichen Fortschrittsvorstellungen sehr deutlich zum Ausdruck, und noch heute sind sie nicht völlig überwunden, wie an Projekten wie „Stuttgart 21“ u. ä. erkennbar wird. Doch diese Art der Zukunftsbilder trifft sein 20 bis 30 Jahren zunehmend auf Widerspruch und Kritik, ausgelöst zum einen durch offensichtliche und kaum zu reparierende Planungsfehler wie z.B. die „autogerechte Stadt“, zum anderen durch ökologische Erkenntnisse, die auf eine Endlichkeit von Ressourcen verweisen, die bis in die 1970er-Jahre als unbegrenzt verfügbar galten und zum dritten durch systematische Zukunftsüberlegungen, die aus theoretischer Sicht die allzu glatten Zukunftsszenarien als „unterkomplex“ kritisieren.

1.2. Komplexität und Ambivalenz in den Zukunftsbildern der Postmoderne

Aktuelle Planungstheorie und Zukunftsforschung verweist seit Beginn der 1990er-Jahre zunehmend auf den hohen Komplexitätsgrad von Entwicklungen, denen einfache, lineare Modelle nicht mehr gerecht werden.

Mindestens drei Argumentationen, die den ansteigenden Komplexitätsgrad von Zukunftsentwicklung und damit die wachsenden Schwierigkeiten treffender Prognostik auslösen, werden zurzeit diskutiert.

„Gegenwartsschrumpfung“ in der Wissensgesellschaft (Hermann Lübbe¹)

In Wissensgesellschaften wie der unseren, also in Gesellschaften, deren Wohlstand und Produktivität in wachsendem Maße von Wissen abhängen, verlängern sich nicht etwa die Zeiträume einer Prognostik, wie man auf Grund wachsenden Wissens annehmen könnte, sondern sie verkürzen sich. Da unser Alltagsleben von Wissen abhängt, das sich mit beschleunigter Geschwindigkeit erneuert und verändert, wir aber das Wissen von morgen nicht heute schon wissen können, werden die Zeiträume einigermaßen gesicherter Zukunftsaussagen enger und nicht weiter.

Nebenwirkungen / Nebenfolgen in der Risikogesellschaft (Ulrich Beck²)

Alle technischen Vorgänge haben unabsehbare Nebenfolgen, also Wirkungen, deren Existenz und Umfang nicht vorhersagbar sind. Je umfassender und tief greifender technische Maßnahmen sind, umso gravierender diese Nebenfolgen, und je länger sie wirksam sind, umso umfassender ihre Auswirkungen, so dass das Ausmaß der Nebenfolgen das der auslösenden Maßnahme übersteigen kann. Die Vorstellung, jede Art von Nebenfolgen zu ihrer Zeit beherrschen zu können, wird damit problematisch, da jeder Eingriff zur Korrektur einer Nebenfolge neue Nebenfolgen induziert, so dass planungstechnisches Handeln zu einer permanenten Korrektur und Bearbeitung aber auch zur Induzierung von nicht mehr überschaubaren Nebenfolgen vorhergegangener Schritte wird, ein Vorgang, der die so genannte „Risikogesellschaft“ als einer Gesellschaft begründet, die ständig selber ihre eigenen Existenzrisiken aus nicht intendierten Nebenfolgen herstellt.

Komplexitätssteigerung durch wechselseitige Trend- und Nebenfolgenbeeinflussung (Norbert Bolz, Matthias Horx³)

Während einzelne langfristige Trends durchaus prognostiziert oder als Rahmenbedingungen anderer Trends genutzt werden können, sind auch tendenziell gegenläufige Trends erkennbar, bei denen nicht bekannt ist, in welcher Weise sie sich beeinflussen, ob sie sich also gegenseitig völlig neutralisieren, sich nur abschwächen oder durch Ausgleich zweier Trends zur übermäßigen Durchsetzung eines dritten beitragen. Die Demographie ist ein geradezu klassisches Beispiel. So gilt es z.B. als gesichert, dass bei steigender Bildung und insgesamt niedriger Geburtenrate das Alter der Frauen zur Geburt des ersten Kindes steigt. Gleichzeitig stellen wir aber zurzeit fest, dass sich in besonders vom demographischen Wandel, d.h. von Geburtenrückgang und Abwanderung betroffenen Regionen die Zahl der Teen-Age-Schwangerschaften dramatisch erhöht, da bei einem beträchtlichen Männerüberschuss, wie er in solchen Regionen typisch ist, die jungen Männer auf sehr junge Frauen und Mädchen

¹ Hermann Lübbe, Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz 1987; Ders., Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart, Berlin 1992; Ders., Zeit-Erfahrungen, Stuttgart 1996.

² Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986; Ders., Anthony Giddens, Scott Lash, Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996, darin u.a. Ulrich Beck, Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne; Ders., Weltrisikogesellschaft, Frankfurt/M. 2007.

³ Norbert Bolz, Blindflug mit Zuschauer, München 2005; Matthias Horx, Das Megatrend-Prinzip. Wie die Welt von morgen entsteht, München 2011; Ders. Das Buch des Wandels. Wie Menschen Zukunft gestalten, München 2009. Um den Umfang des Beitrages zu beschränken, wird auf weitere Literaturangaben zur Demographie, zur Gerontologie und zur Planungstheorie verzichtet.

„zurückgreifen“, um den Mangel an altersangemessenen jungen Frauen auszugleichen. Ein anderes Beispiel ist die quantitative Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Deutschland während der letzten zwei bis drei Jahre. Durch die geringe Geburtenrate, die trotz gegenteiliger Bemühungen nicht signifikant angestiegen ist, müsste die Zahl der Bevölkerung in Deutschland zurückgehen, wenn nicht massive Migration diesen Verlust ausgleicht. Diese Zuwanderung ist allerdings erwartungsgemäß bis vor wenigen Jahren ausgeblieben, und es erschien auch nicht erkennbar, woher in nennenswertem Ausmaß Migration nach Deutschland kommen sollte. Mit der Eurokrise und der dramatischen Schwäche der Mittelmeeranrainer Italien und vor allem Spanien hat jedoch in kürzester Zeit ein Zuwanderung aus diesen Ländern nach Deutschland eingesetzt, die noch vor drei bis vier Jahren als unvorstellbar galt. Es ist zwar bekannt, dass Migration sich überwiegend als Wohlstandsmigration vollzieht, d.h. Einwohner ökonomisch schwacher Länder wandern in wohlhabendere Nationen, aber niemand hat wohl das Wohlstandgefälle vorausgesehen, dass sich in wenigen Jahren zwischen dem Süden der EU und Deutschland aufbauen würde, und dass Wanderungen auslöst, die den erwarteten Bevölkerungsrückgang in Deutschland ausgleichen. Da die südlichen EU-Mitgliedsstaaten noch auf längere Zeit Problemländer bleiben werden, ist nicht damit zu rechnen, dass es sich um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Es werden also noch mehr Migranten aus diesen Ländern kommen und sie werden, auch wenn sie sich das heute so nicht vorstellen, lange Zeit, vielleicht auf Dauer in Deutschland bleiben. Dabei handelt es sich nicht um die klassischen Gastarbeiter, sondern um gut qualifizierte Techniker, Informatiker, Mediziner usw.

Ein anderes Beispiel unvorhergesehener Trends ist aus der Stadtentwicklung und der Ansiedlung großer Dienstleistungsunternehmen wie Banken und Versicherungen bekannt. Es war angenommen worden, dass die Entwicklung elektronischer Kommunikationsmedien diese Unternehmen weitgehend standortunabhängig machen würde, so dass sie sich praktisch überall im Lande niederlassen könnten. Entsprechend stellten sich auch kleiner Gemeinden darauf ein, in der dann offenen Standortkonkurrenz entsprechende „Arbeitgeber“ und Steuerzahler anwerben zu können. Genau das Gegenteil ist aber eingetreten. Gerade die Undurchsichtigkeit und Anonymität der elektronischen Kommunikation scheint reale Treffen des Personals verschiedener Unternehmen dringend wünschenswert zu machen, so dass sich keine Entflechtung sondern eher eine deutliche Steigerung von lokalen Konzentrationen dieser Sektoren entwickelt hat. Dass auch diese Konzerne mit ihren Zentralen dahin gehen, wo die anderen der gleichen Branchen ihren Sitz haben bzw. eben an solchen Standorten bleiben, hat ganz nebenbei zur großen Ernüchterung in Berlin nach der Wende geführt. Viele Experten hatten für Berlin ein dramatisches Wachstum aus diesem Sektor erwartet, der jedoch ausgeblieben ist, da die entsprechenden Firmen ihre angestammten Sitze in den bestehen Banken- und Versicherungsmetropolen, z.B. Frankfurt/M: oder Stuttgart, nicht verlassen wollten.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie dramatisch die Fehleinschätzungen bei im Grunde noch relativ simplen Überlagerungen von Zukunftstrends sein können, wenn ohne Rücksicht auf Komplexität einzelne Trends gradlinig verlängert werden.

2. Komplexität und Ambivalenz in der „Zukunft des Alters“ und der Altenpolitik
Für die Felder „Wohnen; Arbeiten; Freizeit (Gesundheit, Bildung, bürgerliches Engagement)“ sollen nun skizzenhaft Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden, die den Komplexitätsanforderungen, den Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen zeitgemäßer Zukunftsaussagen genügen sollen.

2.1. Wohnen im Alter

Es besteht weitgehende Übereinstimmung in der Altersforschung, dass das Wohnen im Alter nicht nur an Bedeutung gewinnt, sondern dass sich seine Form wandelt. Altersgerechtes Wohnen kann kein Wohnen auf der „grünen Wiese“ sein, wie man bis in die 1970er-Jahre fest glaubte. Dieses Bild des Altenwohnens in Ruhe und Natur entsprang einer Vorstellung von Alter als Feierabend, als Ausruhen von der harten Fron der Arbeit im Arbeitsleben, eine Vorstellung, die vom industriellen Arbeitstag, von lebenslanger, harter körperlicher Arbeit geprägt war. Für moderne Dienstleistungsgesellschaften aber gilt, dass die Tätigkeiten, die das Arbeitsleben bestimmt haben, nach Möglichkeit fortgesetzt werden sollten. Ruhe im Alter gilt eher als Ruhigstellen, das mehr oder weniger zügig zum Tod führt. Bestimmende Ziele sind dagegen Teilnahme am Leben, Integration in den Alltag der Jüngeren und Berufstätigen, Engagement für wichtige Themen und Aktivitäten, Kooperation mit Freunden, Bekannten, aber auch mit Fremden. Anregende Gespräche und Aktivitäten, die nicht als Betreuung organisiert werden, sondern in hoher Selbstbestimmung selbst gesucht werden sollten, gelten als optimale Formen der Lebensverlängerung und des Erhalts geistiger und körperlicher Spannkraft bis ins hohe Alter, nicht die Ruhe in „Natur und gesunder Umgebung“.

Innenstadtnahe Wohnstandorte erscheinen daher für Ältere weit günstiger als die früheren Stadtrandlagen, sei es für die eigene Wohnung, sei es für eine institutionelle Unterbringung. Solche Lagen aber sind in der Regel nur begrenzt verfügbar und daher tendenziell teuer, zumindest teurer als die peripheren Lagen. Damit ergibt sich unweigerlich eine Selektion. Nur wohlhabende Ältere können sich die Wohnstandorte leisten, die negativen Erscheinungen des Alters entgegenwirken, während schlechter gestellte Alte sich mit der Tatsache abfinden müssten, in gewissem Sinne „abgeschoben“ zu werden.

Diese Spaltungstendenz wird durch die Berufsbiographie verstärkt, die sich im Alter auf Ungleichheit auswirkt und diese schärfer hervortreten lassen kann, als während des aktiven Lebens. Menschen, die aus ihrem Berufsleben gewohnt sind, sich intellektuell zu betätigen, altern langsamer und später und sind darüber hinaus eher in der Lage, ihre gewohnten Beschäftigungen auch im Alter fortzusetzen. Darüber hinaus verfügen sie in der Regel über höhere Einkommen als körperlich geforderte Berufstätige, so dass sich die Gegensätze zwischen Statuspositionen des Berufslebens im Alter, in der Rente oder in der Pension verstärken. Mit den neuen Einsichten über angemessene Standorte für das Wohnen im Alter verbinden sich also Tendenzen zur sozialen Polarisierung, die im Alter besonders stark hervortreten.

Gleiches gilt für die seit einiger Zeit heftig umstrittene Verlängerung des Arbeitslebens. Menschen in gehobenen Positionen kommt es entgegen, körperlich stark belastete Berufsgruppen werden durch ein Verschieben des Renteneintrittsalters dagegen eher benachteiligt, so dass die Ungleichheit, die bereit während des Berufslebens wirksam ist, vertieft werden kann.

Beide Entwicklungen, besonders aber die Tendenz, altersgemäße Wohnstandorte in der Verdichtung der Innenstadt zu suchen, lösen also Nebenfolgen in Hinblick auf wachsende Ungleichheit aus, die allein aus dem sinnvollen Versuch, Ältere länger am aktiven Leben teilnehmen zu lassen, nicht ohne weiteres erkennbar wären. Eine solche Tendenz könnte sich sogar noch verstärken, wenn man die Wohnbiographien berücksichtigt. Familien mit Kindern sind auch heute fast noch gezwungen, in der Peripherie zu wohnen, wenn sie hinreichend große Wohnflächen zu erschwinglichen Kosten erreichen wollen. Im Alter aber kann sich das Einfamilienhaus als erhebliche Belastung erweisen. Es zwingt in der Regel zu einem autoabhängigen Lebensstil, aber Autofahren wird im Alter riskant. Ein Garten, für kleine

Kinder sicher erstrebenswert, wird am Alter zur Belastung. Damit kann ein Umzug notwendig werden, der aber der Regel widerspricht, im Alter nach Möglichkeit keine Standortwechsel mehr vorzunehmen. Daher droht einem Einfamilienhausbesitz vor allem in einfachen Wohnbereichen durch den neuen Drang in die Innenstädte eine schleichende Entwertung, so dass der Wechsel in eine angemessene Stadtwohnung nicht zu finanzieren sein könnte.

Die aus gerontologischer Sicht „richtigen“ Trends stoßen also auf vielfache Hindernisse und Nebenfolgen, die bei einer einfachen Verlängerung des Trends „wachsende Teilnahme am Leben im Alter durch Wohnen in verdichteten Stadtlagen“ nicht ohne weiteres erkennbar werden. Zumindest eines ist aber sicher: Die Zeit, in der normierte, verallgemeinerte Lösungen wie „Alterswohnen im Grünen für Alle“ als verbindlich galten, ist mit Sicherheit vorbei. An die Stelle solcher „Universallösungen“ treten vielfache Differenzierungen und Brechungen, die teils als Pluralität, teils aber auch als wachsende Ungleichheit wirken können.

Ähnliche Widersprüchlichkeiten ergeben sich auch für die Ausstattung und Qualität von altengerechten Wohnungen, wenn der Verbleib in der eigenen Wohnung so lange wie irgend möglich erreicht, der Umzug in ein Heim eventuell komplett vermieden werden soll. Zwei Strategien werden zurzeit vorrangig diskutiert, die im Idealfall kombiniert werden müssten, aber genau diese Verbindung scheint schwer zu fallen: Zum einen gehen die Überlegungen und Experimente in Richtung auf das so genannte „Smart Home“, also auf die „intelligente Wohnung“, in der diese „Intelligenz“ durch avancierte Haustechnik sicher gestellt werden soll; zum anderen wird das „sorgende Quartier“ propagiert, in dem der Verbleib der Älteren in der gewohnten Wohnumgebung durch Kooperation zwischen Nachbarn und Mitbewohnern im Quartier erreicht werden soll. Technische und soziale Hilfen werden also als zwei Strategien diskutiert, obwohl sie sich eigentlich ergänzen sollten und müssten.

Das „intelligente Haus“ oder die „intelligente Wohnung“ stellen Steigerungen von Barrierefreiheit zur Sicherung von Altengerechtigkeit dar: keine Schwellen in der Wohnung, Sensoren für Türöffnung und Türschließung, Warnlampen und automatische Ausschaltungen bei Installationen, Sturzsensoren im Fußboden in Verbindung mit Notrufanlagen, Warn- oder Notrufe, wenn regelmäßige Handgriffe oder Vorrichtungen plötzlich unterbleiben, Notrufanlagen, die auf akustische Signale, also z.B. auf Zuruf reagieren, falls plötzliche Bewegungsunfähigkeit eintritt usw.

Solche Anlagen sind aber in bestehende Wohnungen kaum nachträglich zu installieren. Sie verlangen im Grunde Neubauten. Diese wiederum sind aus Kostengründen in verdichteten Stadtgebieten kaum möglich, vor allem, weil bereits die technische Ausstattung Baukosten in die Höhe treibt. Aus den Ausstattungsanforderungen kann als wieder ein Zwang zum unpassenden Wohnstandort entstehen.

Dem entgegen versuchen Konzepte des „sorgenden Quartiers“ Nachbarschaftshilfe und Quartierskooperation in verdichteten Vierteln zu entwickeln, in denen die technische Nachrüstung zum „Smart Home“ auf Hindernisse trifft. An die Stelle technischer Hilfe sollen soziale treten, die vor allem den Vorteil haben, in die für Ältere dringend notwendigen Kommunikationsvorgänge eingebettet zu sein. Solche Hilfen, wie sie in programmatischer Form im „Gemeinschaftlichen Wohnen im Alter“ entwickelt werden, sind aber zum einen vorzugsweise in den so genannten „gewachsenen Altbaugebieten“ zu etablieren, und sie versagen in der Regel vor anspruchsvollen Versorgungs- und Pflegeaufgaben, die jede Form von Nachbarschaftshilfe übersteigen. Vor allem aber verlangen sie ein hohes Maß an Organisations- und Planungsfähigkeit sowie Engagement und Hilfsbereitschaft. All dies

findet sich aber eher in so genannten „bürgerlichen Quartieren“, deutlich weniger in den Stadtteilen der aktuell Benachteiligten, also in den Großwohnanlagen der sozialen Wohnungsbaus oder der „Platte“. Genau dort aber, bei den sozial Schwächeren, die sich kommerzielle Dienstleistungen kaum leisten können, wären diese informellen Hilfen am dringendsten erforderlich.

Aber auch die zunehmende Alterssegregation des öffentlichen Raumes und der Verkehrskreise spricht gegen Konzepte des „Sorgenden Quartiers“. Ohne überzeugende Daten legt doch der Augenschein nahe, dass sich in allen Feldern des öffentlichen Lebens eine wachsende Trennung der Altersgruppen durchsetzt. Ein enger, alltäglicher Kontakt zwischen verschiedenen Generationen scheint zur Ausnahme zu werden. Restaurants, Cafés, Freizeiteinrichtungen des Sports etc. sind in der Regel immer von einer Altersgruppe geprägt. Das „sorgende Quartier“ basiert aber u. a. auf der Vorstellung, dass es zu Austausch- und Hilfsbeziehungen zwischen unterschiedlichen Altersgruppen kommt, in denen Junge und Alte beide beides sind, Gebende und Nehmende, und die Älteren gerade nicht nur als Nehmende, als zu „Versorgende“ in Erscheinung treten. Solche „Mehrgenerationenmodelle“ stoßen jedoch auf beträchtliche Barrieren. In einem rapiden sozialen Wandel, wie er gegenwärtig abläuft, werden Kenntnisse Älterer in beschleunigtem Maße entwertet. Weder zu aktuellen Kommunikationsformen der elektronischen Medien, noch zu modernen Erziehungskonzepten haben sie wesentliches beizutragen. Junge Familien suchen junge Familien, um sich über aktuelle Alltagsfragen auszutauschen, keine Älteren, die weder die modernen Schulen oder „angesagte“ Internetspiele, weder Entscheidungsprobleme bei den „Klamotten der Kids“, noch zulässigen Fernsehsendungen oder –zeiten, weder aktuelle Ernährungsfragen noch neue Freizeitvergnügen – z.B. Discos – kennen und einschätzen können. Äußerstenfalls Familienangehörige, Großmütter oder, in seltenen Fällen, Großväter, sind zur Betreuung willkommen, keine Fremden, die man nicht einschätzen kann. Und Menschen zu helfen, von denen man selber nichts erwarten kann, liegt nicht auf der Hand.

Also müssten die Älteren in den „sorgenden Quartieren“ ihre altershomogenen Netze selber, ohne die Jungen bilden. Aber wenn in solchen Netzwerken alle alt sind, ist ihre Leistungsfähigkeit begrenzt, das gleiche Problem, das auch beim „Gemeinschaftlichen Wohnen“ vorliegt. Wieder sind es auch hier eher Mittelschichtangehörige aus intellektuellen oder Dienstleistungsberufen, für die sich durch entsprechende Berufswege und Lebensführungen die Ausdehnung aktiver Zeit in den Ruhestand bereits realisiert hat, die zwar altershomogene und dennoch leistungsfähige Netzwerke bilden können, wie es auch in der Mehrzahl der Projekte des Gemeinschaftlichen Wohnens der Fall ist. Möglicherweise sind es sogar vorrangig diese Gruppen, die auf Grund lange erhaltener geistiger und körperlicher Frische noch am ehesten in der Lage sind, auch für Jüngere relevante Kooperationspartner darzustellen, selbst dann, wenn kein Verwandtschaftsverhältnis vorliegt.

Wieder zeigt sich eine Tendenz zur Steigerung von Ungleichheit. Organisations- und planungsfähige Mittelschichtangehörige mit in der Regel guten Einkommen werden in der Lage sein, alle relevanten Dienstleistungsformen zu kombinieren, avancierte technische Ausstattung, informelle Hilfen aus dem sozialen Umfeld und kommerzielle Dienstleistungen, wo die beiden anderen Methoden sich als unzureichend erweisen. Dass die gesetzlichen Versicherungssysteme der Kranken- und Pflegeversicherung eine wachsende Zahl von Älteren in umfassender Weise mit entsprechenden ambulanten – oder gar stationären – Leistungen versorgen können, scheint demgegenüber höchst unwahrscheinlich zu sein. Die zu erwartenden Engpässe hier zwingen ja zu den Alternativen, die mit „Smart Home“ und „Sorgendem Quartier“ umschrieben werden. Aber selbst wenn die Tendenz zu wachsender Ungleichheit in Grenzen gehalten werden kann, wird sich auch hier eine Pluralisierung von

Wohnformen einstellen, die einem tradierten, industriegesellschaftlichen Denken über normierte, verallgemeinerte Lösungen widerspricht.

Denkbar wäre allerdings, dass sich die Altenpolitik, die Versorgung Älterer von einem institutionellen Ansatz der Heimunterbringung schon relativ „junger Alter“, der sich immer aus einem medizinischen Bild von Alter als Krankheit ergab, zu einem Modell der Befähigung, der Aktivierung und Aktivitätserhaltung für eine nicht primär defiziente, sondern nur „andere“ Lebensphase und Lebensform wandeln könnte. An die Stelle von „Versorgung“ würde dann eher Beratung zur Selbsthilfe treten, an die Stelle umfassender, formaler Systeme ein Netzwerk informeller, begrenzter Kooperationen, in denen der ältere Mensch immer als Kooperationspartner, niemals als zu versorgendes „Objekt“ in Erscheinung tritt. Den gerontologischen Einsichten zum einen über eine spätere Alterung im demographischen Wandel, zum anderen über die aktivierende und vorbeugende Wirkung von Aktivität und Selbstverantwortlichkeit würde das entgegen kommen. Die Institutionen der Altenversorgung, Kliniken, Wohlfahrtsverbände, Heime, sind jedoch auf derartige Konzepte nicht eingestellt. Ihre betriebsinternen Abläufe sehen im Grunde immer den Patienten, den „Fall“ vor, nicht den aktiven Einzelnen. Organisationen oder Institutionen denken und arbeiten nach typisch industriegesellschaftlich geprägten „binären Codes“: Gesund oder krank, autonom oder hilfsabhängig, geistig fit oder orientierungsunfähig, drinnen oder draußen etc. Die Zwischenlösungen oder Zwischenstufen in vielfachen Abstufungen und Pluralisierungen, die das moderne Bild des Alters ausmachen, vertragen sich nicht mit den Prinzipien von Institutionen, so dass allgemein erwartete und begrüßte Entwicklungen schlicht am Beharrungsvermögen und an Organisationsstruktur einer institutionellen Umwelt des Alters scheitern können. Zumindest erscheint es außerordentlich schwierig, unter diesen Bedingungen zu überzeugenden Prognosen über die Zukunft des Alters, hier des Wohnens im Alter, zu gelangen, und für die folgenden Felder stehen die Vorhersagechancen nicht viel besser.

2.2. Arbeiten

Bereits der antike Arzt Hippokrates empfahl, mit Beginn des Alters, den er, für seine Zeit überraschend hoch, auf 56 fixierte, gewohnte Tätigkeiten nicht zu unterbrechen. Das bedeutet zwar, dass man auch nichts ganz Neues mehr beginnen, vor allem aber mit Gewohntem nicht aufhören, nicht in einen „Ruhestand“ oder Lebensfeierabend übergehen solle, wie ihn industriegesellschaftliche Altersbilder als goldene Zeit des Ausruhens entwarfen. Für die Gegenwart gewinnt diese Regel zusätzliche Bedeutung, da wir bekanntlich alle älter werden und da diese gewonnenen Jahre tatsächlich Gewinne an relativ gesunder und aktiver Zeit sein können. Noch zur Zeit der Bismarckschen Sozialgesetze waren die meisten Menschen mit Ende 50 / Anfang 60 wirklich alt, und das Renteneintrittsalter von 65 Jahren wurde so hoch angesetzt, damit es möglichst wenige erreichten. Heute liegen das Durchschnittsalter von Frauen deutlich über 80, das von Männern knapp unter 80 Jahren, und die Zeit bis Anfang oder Mitte 70 ist meist weitgehend unbeeinträchtigt von Krankheiten oder körperlichen und geistigen Einschränkungen. Dem entsprechend würde eine Mehrzahl der Berufstätigen die klare Anhebung des Renteneintrittsalters auch begrüßen. Aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen zu sein, bedeutet für die meisten, entscheidende Partizipationschancen zu verlieren, zum „alten Eisen“ zu gehören, und die Wenigsten haben die Möglichkeit, formelle Berufstätigkeit in der Rente informell fortzusetzen. Nur bei Freiberuflern, Wissenschaftlern, Beratungsberufen auf hohem Niveau scheint es möglich zu sein, in die Rolle des „senior advisers“, zu schlüpfen, in eine Art Freiberuflichkeit während des Rentenalters oder der Pensionierung, in der gewohnte Tätigkeiten mehr oder weniger bruchlos fortgesetzt werden können, obwohl die meisten Älteren das für sehr erstrebenswert halten. Die Masse der

Angestellten ist nach dem Ausscheiden aus dem formalen Berufsleben, ohne dass sie das wünschten und ohne dass das „biologisch“ notwendig wäre, zur Untätigkeit verurteilt.

Alle Fakten und Traditionen eines rüstigen Alters, das sich vom beruflichen oder Arbeitsleben nicht grundlegend unterscheidet, würden also dafür sprechen, die Lebensarbeitszeit in das Alter hinein zu verlängern, also keinen Zwangsruhestand mit dem 65. Lebensjahr einzuführen, und in aller Vorsicht hat sich die Sozialgesetzgebung mit einer stufenweise Heraufsetzung dieses Einschnittes auf das 67. Lebensjahr diesen Bedingungen angenähert. Gesellschaften mit langer Lebensarbeitszeit gerade auch ins Alter hinein erreichen in der Regel höhere durchschnittliche „Glückswerte“, als solche mit frühem Eintritt in den Ruhestand, und solche Gesellschaften weisen in der Regel auch eine niedrigere Jugendarbeitslosigkeit auf, als die mit frühem Verrentungsdatum. Darüber hinaus böte eine späte Verrentung z.B. die Möglichkeit, Rentenzahlungen vollkommen auf die Arbeitsjahre umzustellen und von einem fixierten Renteneintrittsalter ganz abzurücken. Das würde u.a. die Möglichkeit eröffnen, während der Stressphasen des Berufs- und Familienlebens Auszeiten einzuplanen, z.B. lange Erziehungs- und Elternzeiten oder während der Planung und Errichtung des Eigenheims. Flexibilität könnte also nicht nur das Renteneintrittsalter sondern den gesamten Berufsverlauf prägen, eine Möglichkeit, die mit Sicherheit von der Mehrheit der „Arbeitnehmer“ begrüßt werden würde.

Wieder zeigt sich ein Prinzip, das in modernen Industriegesellschaften bestimmend ist, die so genannte „binäre Codierung“, dies „Entweder – Oder“, das diese Phase der Moderne durchdringt, das aber unter postmodernen Bedingungen nicht mehr zu passen scheint. Die reduzierten Alternativen „im Berufsleben oder im Ruhestand“, „arbeitsfähig oder nicht arbeitsfähig“, „dem Unternehmen oder dem Arbeitsmarkt verfügbar oder nicht verfügbar“ erweisen sich als zunehmend ungeeignet. Eher erscheint ein Drittes, erscheinen Mischungen und Differenzierungen notwendig. Diese hilfreichen Flexibilisierungen von erstarrten „Entweder-Oder-Regelungen“, die keine Flexibilisierungen bedingungsloser Anpassung an die Anforderungen eines Unternehmens meinen, stoßen aber nun auf erhebliche Widerstände.

Besonders in anspruchsvollen, in gehobenen Arbeitsfeldern vollziehen sich ständig derart dynamische Entwicklungen z.B. in der Informationstechnologie, in internationalen Beziehungen, in technischen Innovationen, dass selbst kurze Arbeitsunterbrechungen, kurze Ausstiege zu erheblichen Informationsrückständen und Lücken führen können. Innovative Unternehmen legen daher größten Wert darauf, dass ihre Mitarbeiter kontinuierlich und ohne Unterbrechungen im Unternehmen präsent sind.

Aber nicht nur Unterbrechungen werden tendenziell vermieden, auch das Alter insgesamt gerät um so mehr zum Nachteil, je dynamischer Entwicklungen verlaufen. Wenn Wissen durch Wandlungen entwertet wird, ist Alter als Phase der Wissensanhäufung kein Vorteil sondern nur Nachteil im Sinne begrenzter Lern- und Anpassungsfähigkeit. Als Folge tendieren moderne Unternehmen zu immer jüngeren Mitarbeitern, zu immer früheren Entscheidungen in den beruflichen Biographien ihrer Mitarbeiter und nach wie vor zu früherem Ausscheiden älterer Mitarbeiter. Erfahrung, die große Qualität des Alters, wird nur noch in absoluten Spitzenpositionen, in denen es um strategische und vor allem um Personalentscheidungen geht, hoch bewertet. Auf der „operativen“ Ebene, auf der die Innovationen getätigt werden sollen, zählt sie so gut wie nichts, kann sogar zum Ballast, zur Behinderung werden – in den Augen von Betriebsleitungen. Setzen in klassischer Industrie die körperlichen Belastungen einer Beschäftigung auch in höherem Alter enge Grenzen, scheinen es in hoch innovativen Dienstleistungsökonomien die intellektuellen und innovativen Anforderungen zu sein. Besonders die stark wachsenden Design-, Mode- oder

Kulturberufe, die zutiefst von „Jugendlichkeitswahn“ durchdrungen sind, scheinen eine Beschäftigung Älterer energisch auszuschließen. So kursiert in der Kunstszene das Wort, dass Kuratoren großer Ausstellungen zeitgenössischer Kunst selber „zeitgenössisch“, also jung, und das heißt nicht älter als 40 Jahre sein sollten; und selbst als Besucher solcher Ausstellungen spürt man, wie man den Kontakt zur Moderne spätestens mit 50 zu verlieren beginnt. Orchester und Publikum zeitgenössischer Musik sind meist zwischen 30 und 40, und man fragt sich, was diese Musiker eigentlich tun sollen, wenn sie mal 60 oder 70 Jahre alt werden. Das Bild des weisen, gereiften, fast greisenhaften „großen Alten“, das gerade unter Dirigenten weit verbreitet war, scheint zur spärlichen Ausnahme zu werden. Und wo solche Figuren noch auftauchen, bedienen sie häufig einen ihnen im Alter nahe stehendes Publikum, aber die Innovationsleistungen, auf die der Moderne Kulturbetrieb genau so fixiert ist wie die Technik, scheinen woanders erbracht zu werden. Auch die Physik als Basiswissenschaft technischer Innovation gilt als „Sport junger Männer“, zunehmend zwar auch junger Frauen, aber in jedem Fall von Jungen, nicht von Alten.

Selbst in solchen Breiteneinrichtungen wie den Schulen, auch den weiterführenden, tun sich ältere Lehrer, die keinen Kontakt, keine Nähe mehr zur Jugendkultur ihrer Schüler entwickeln können, zunehmend schwer. Kategorien wie Weisheit, Ruhe und Gelassenheit, die großen Qualitäten des Alters, scheinen von Gesellschaften im rapiden Wandel nicht besonders honoriert zu werden. So entstehen neue Widersprüche. Einerseits dehnen wir die Zeit potentieller Aktivitäten in der Biographie aus, andererseits verkürzen wir die Teilnahmechancen der Älteren, weil wir ihnen nur begrenzte Innovations- und Leistungsfähigkeiten zutrauen. Nur im Familienzusammenhang kann die Distanz der Älteren, der Großelterngeneration zur Hektik des Wandels im Alltag durchweg positiv bewertet werden. Das würde dann doch wieder für das Ruhestandsmodell sprechen. Entlastet von beruflichen Verpflichtungen könnten die Älteren sich Kindern und Enkeln widmen, wären damit aber nach ihren eigenen Vorstellungen deutlich unterfordert und aus dem aktiven Leben, das sie selbst so hoch bewerten, ausgegliedert.

Dass darüber hinaus die beschriebene Flexibilisierung des Berufslebens mit späterem Eintritt in den „Ruhestand“ wenn überhaupt nur gehobenen Berufsgruppen nützen, untere, stark körperlich belastete aber eher schädigen würde, erscheint als weiteres Argument, um an den im Grunde unangemessenen Starrheiten des Berufs- und Rentensystems festzuhalten.

Es zeigt sich also auch für das Feld der Arbeit, dass Tendenzen, die aus demographischen Entwicklungen auf der Hand zu liegen scheinen und die aus gerontologischen Überlegungen höchst wünschenswert wären, aus anderen Trends, z.B. dem der Innovationsabhängigkeit postmoderner Dienstleistungsökonomien, in ihrer Durchsetzung auf gravierende Barrieren stoßen, so dass sich einfache Trendverlängerungen als Zukunftsbilder hier genau so verbieten wie im Feld des Wohnens. Aber auch die Hindernisse sind nicht unüberwindlich, wie einige skandinavische Ländern zeigen, in denen sich Flexibilisierungen in größerem Umfang durchgesetzt haben als in Deutschland. Auch auf nationaler Ebene stellen sich also Pluralisierungen ein, in denen von einem einzigen Weg, auf dem Modernisierung möglich zu sein scheint, abgewichen wird.

Noch weiter kompliziert und klarer Prognostik entzogen werden die Bedingungen für Ältere im Arbeitsleben durch den Geburtenrückgang, der zurzeit in Deutschland in Verbindung mit einem offensichtlich nicht ganz hinreichenden Ausbildungssystem zu einer Facharbeiterlücke führt. Um dieser zu begegnen, neigt offensichtlich eine wachsende Zahl von Firmen besonders des produzierenden Sektor der Mittelstandunternehmen doch dazu, eine eingespielte, von Erfahrung getragenen Belegschaft so lange wie möglich zu halten, also

gerade auch älter Arbeitnehmer so lange zu beschäftigen, wie es möglich zu sein scheint. Zumindest hat sich die Zahl der Älteren in diesen Wirtschaftsbereichen in den letzten Jahren erhöht, während gleichzeitig in den genannten Dienstleistungsunternehmen der Trend zu jungen Belegschaften ungebrochen anzuhalten scheint. Auch hier zeigen sich also Differenzierungen als Folge von Komplexitätssteigerung. Aber wieder ist unklar, wie lange diese Facharbeiterlücke bestehen wird, angesichts ansteigender Zuwanderung jüngerer Arbeitskräfte aus den südlichen EU-Mitgliedsstaaten, bedingt durch deren akute ökonomische Schwäche.

2.3. Bildung, Gesundheit, Ehrenamt, bürgerliches Engagement

Dies dritte Feld umfasst alle die Tätigkeiten, die in der Regel in die „Freizeit“ entfallen. Aber da die Älteren, um die es hier geht, meist keiner geregelten Berufstätigkeit mehr nachgehen, ist der Begriff der Freizeit nicht gut einsetzbar. Dennoch sind hier die Aktivitäten und Aktionsformen gemeint, die bei Berufstätigen diesem Bereich zugerechnet werden.

Für das gesamte Feld sollte aus gerontologischer Sicht gelten, dass Eigentätigkeit immer besser ist als Konsum von Leistungen. Es ist also z.B. weit sinnvoller, selbst Musik zu betreiben, und sei es auch auf bescheidenem Niveau, als Musik nur zu konsumieren, z.B. durch häufige Konzertbesuche oder durch eine Sammlung und häufige Rezeption von Aufnahmen. Dass das für den Sport als Selbstverständlichkeit gilt, braucht kaum gesagt zu werden: Eigene, häufige und regelmäßige Betätigung ist unvergleichlich viel hilfreicher beim Erreichen eines guten Alters als Besuch von Sportveranstaltungen als Zuschauer.

Weiterhin sollten alle Aktivitäten möglichst regelmäßig und häufig ausgeführt werden, Sport also möglichst täglich, genau so musikalische oder andere künstlerische Praxis. Es mag zwar nur schwer möglich sein, sich im Alter noch neue Felder zu erschließen, obwohl auch das in Einzelfällen möglich ist, aber gewohnte und vertraute Dinge sollte weiter betrieben werden, vielleicht sogar mit größerer Intensität und mehr Zeiteinsatz, als das während des Berufslebens möglich war.

Die vorliegenden demographischen Daten deuten nun recht klar darauf hin, dass derartige Aktivitätsentwicklungen auch denkbar, sogar wahrscheinlich und vor allem überaus nützlich wären. Dennoch bestehen auch hier erhebliche Barrieren gegen eine glatte Durchsetzung entsprechender Trends.

Zuerst einmal gilt, dass die Empfehlung des Hippokrates wohl tatsächlich nicht nur ein guter Rat, sondern in der Tendenz die Feststellung eines Faktums ist. Alle diejenigen, die im Laufe ihres Lebens kulturell und musisch tätig waren, setzen diese Aktivität auch im Alter fort. Wer jedoch entweder niemals entsprechende Interessen verfolgt oder sie über lange Jahre während des Berufslebens unterbrochen hat, findet auch im Alter nur in Ausnahmen dazu. Wer vor allem während des Berufslebens seine Freizeit passiv und konsumierend verbracht hat, wird auch diesen Lebensstil im Alter fortsetzen.

Gestützt wird eine solche Haltung durch einen Kultur-, Medien- und Freizeitmarkt, der die „Alten“ längst als Kunden, als zahlungskräftige Klientel entdeckt hat und mit besonders auf diese Altersgruppe zugeschnittenen Angeboten lockt. Die viel genannten Kreuzfahrten, die sich als boomender Freizeitmarkt erweisen, bilden hier vermutlich nur die Spitze für Wohlhabende. Gruppen mit niedrigeren Einkommen finden sich bei Busreisen, bei den so genannten „Butterfahrten“ usw.

Dass gerade Reisen derartig große Anziehungskraft entwickeln, ist leicht nachvollziehbar. Sie versprechen ein Abenteuer, eine spannende Unterbrechung des meist eintönigen Alltags im Alter, signalisieren also eine Art Aktivität, obwohl es sich faktisch um vollkommen Konsum handelt, in dem sich Abenteuer und Eigenleistung, eigene Kreativität auf ein Minimum zu bewegt haben. „All inclusive“, rund herum geschützt und umsorgt, den ganzen Tag unterhalten und abgelenkt, kann die Totalversorgung noch als eigene Aktivität erscheinen. Darüber hinaus stellen gerade die Kreuzfahrten relativ teure Luxusunternehmen dar, die man sich früher, im Berufsleben und mit Kindern im Haus möglicher Weise nicht leisten konnte. Und diese Reisen führen zu so genannten Traumzielen, scheinen also lebenslang gehegte Sehnsüchte zu befriedigen, von denen man immer sagt, dass man sie doch noch einmal erlebt haben möchte, bevor dann alles zu Ende ist. Eine Art Torschlusspanik des Alters tut sich auf, die Angst, etwas verpasst zu haben, im täglichen Trott des Berufslebens, etwas das unbedingt noch passieren muss, weil das Leben sonst unerfüllt zu Ende gehen könnte. An den permanenten Steigerungen von Möglichkeiten, wie sie gerade Kreuzfahrten suggerieren, teilzunehmen, scheint die Illusion einer Partizipation am Leben, einer Integration in das volle Leben von Jugend und Glück zu vermitteln. Die Weite des offenen Meeres signalisiert Aufbruch, Bewegung und Entgrenzung, nicht die Einschränkungen, die mit Alter und nahendem Tod assoziiert werden.

Ob gehobener Konsum dieser Art wirklich zum glücklichen Alter und „guten Tod“ beiträgt, muss allerdings erheblich bezweifelt werden. Geistige und körperliche Beweglichkeit bis ins hohe Alter hinein werden durch regelmäßige Übung, durch eigenes Tun, durch gute Gespräche und vor allem durch Sorge für Andere sichergestellt. Nicht die Extensivierung der großen Kreuzfahrt oder der Weltreise verzögern Alterungsprozesse, sondern die Intensivierung des Nahen, Alltäglichen, des Kommunikativen, des Anteilnehmens. Die Vorstellung, nach einem verausgabenden und entfremdeten Arbeitslebens, in dem man ständig den Eindruck hatte, für Andere, für die Firma, die Vorgesetzten, die Kunden da sein zu müssen, nun endlich etwas „für sich selber“ tun zu können und zu dürfen, scheint eine große Illusion zu sein, auch wenn sie von den Dienstleistungsmärkten, die sich auf die neuen Kunden der Alten einstellen, behauptet wird. Interessen des Marktes und verfehlte Altersbilder stehen damit dem „richtigen“ Alter massiv entgegen, so dass sich Trends, die Demographie und Gerontologie nahe liegen, vermutlich nur sehr gebrochen durchsetzen können.

Das aber sind nicht die einzigen Barrieren, die einem modernen Alter in all seinen Möglichkeiten entgegenstehen. An ehrenamtlicher Tätigkeit werden weitere erkennbar. In ständig wachsenden Zahlen drängen Älter vor allem nach Abschluss ihres formellen Berufslebens in Ehrenämter, verständlicher Weise, bieten diese doch eine Art Fortsetzung des Berufslebens. In der Regel werden solche Ehrenämter in Institutionen gesucht, also z.B. an Schulen durch Lesehilfen, Mentoren u.ä.; in Kultureinrichtungen beim Betrieb eines Museumsshops, durch Führungen, Laienunterricht usw.; in Sportvereinen als ehrenamtliche Jugendtrainer, Vereinsvorstände; im Sozialwesen z.B. bei der Betreuung in Kinderkliniken, in der Seniorenversorgung usw. Es besteht weitgehend Konsens, dass das deutsche Sportwesen und die deutschen Sozialsysteme ohne derartige freiwillige Mitarbeit nicht mehr existenzfähig wären.

Und dennoch besteht ein grundlegendes Problem. Alle diese Einrichtungen sind professionelle geführte und betriebene Institutionen mit der Tendenz zu ständig weiter gesteigerter und perfektionierter Professionalisierung. Selbst da, wo es vielleicht nicht zwingend erforderlich wäre, bestimmen professionelle Berufsbilder mit Qualifikationsmustern, Zertifikaten, Laufbahnen, Gehaltsstufen und Hierarchien diese

Einrichtungen. Unqualifizierte Laien, als die die Ehrenamtlichen in der Regel auftreten, werden damit auf niedrige Positionen, auf Hilfsdienste verwiesen oder sie werden aufwendig „nachqualifiziert“ und ihre Hilfe wird als Kompensation rückläufiger öffentlicher Förderung eingesetzt. Alle drei Reaktionen sind aber unangemessen oder werden als unangemessen empfunden. Menschen aus verantwortungsvollen Berufen ihres aktiven Berufslebens wollen im Ehrenamt nicht „degradiert“, aber auch nicht als Lückenbüßer verbraucht werden. Im Gegensatz zur Zeit bis etwa 1970 ist heute das Alter kein Lebensabschnitt, in dem der Alte sich ganz selbstverständlich einer neuen Bescheidenheit und Unterwürfigkeit zu befleißigen hätte, oder bereit wäre, nur still seinen Dienst zu tun. Auch das Ehrenamt im Alter ist von Selbstverwirklichungs- und Mitbestimmungswünschen durchsetzt, von der Vorstellung, dass diese Tätigkeit auch Spaß machen müsse, also nicht nur leidvoller Dienst sein kann, der in aller Bescheidenheit auszuüben sei. Die aus Sicht der Institutionen für eine verantwortungsvolle Mitarbeit notwendige Ausbildung liegt aber beim Ehrenamtlichen in der Regel nicht vor, genau so wenig wie die Bereitschaft der Älteren, in vollem Umfang in eine Institution einzutreten, ganz davon abgesehen, dass dann der Verdacht, die Ehrenamtlichen würden den Berufstätigen die Arbeitsplätze streitig machen, tatsächlich eine gewisse Berechtigung erführe.

Aber auch die Alternative, den Ehrenamtlichen Qualifikationen möglicherweise sogar über entsprechende Zertifikate zu vermitteln, eine Strategie die man an zahlreichen Vereinen und Institutionen beobachten kann, verfehlt den Sinn des „bürgerlichen Engagements“, das darauf basiert, dass Lebenserfahrung und Alltagswissen der Älteren im Ehrenamt eingebracht und für Jüngere nutzbar gemacht werden. Die Institutionalisierung und Differenzierung des Alltags scheint aber diese Ressource gravierend zu entwerten. Stattdessen müssen die Ehrenamtlichen in formalisierter Weise in ein Arbeitsleben integriert werden, das sie eigentlich hinter sich haben. Aber mit ihrem Wunsch, ihr in der Regel zu früh beendetes Arbeitsleben im Ehrenamt fortzusetzen, kommen die Älteren häufig diesen Tendenzen entgegen, so dass sich für die Alten, die noch tätig sein wollen, meist quasi berufliche Tätigkeiten auf niedrigem Ausbildungsniveau, nur ohne Bezahlung anbieten. Diese Bedingungen wecken natürlich Wünsche nach einer tatsächlichen „zweiten“ Berufstätigkeit mit angemessener Bezahlung, unterlaufen als die Idee des „Bürgerschaftlichen“ im bürgerschaftlichen Engagement.

Der Gedanke dieses bürgerschaftlichen Engagements als einer „bürgerlichen“ Lebensform, in der Privatinteressen und Allgemeinwohl zum Ausgleich gebracht werden, geht in der modernen Angestelltenwelt bürokratischer und formalisierter Institutionen verloren. Die Folge ist, dass die Bereitschaft, sich in Form ehrenamtlichen Engagements für das Gemeinwesen einzusetzen, weit größer ist, als die reale Umsetzung dieses Wunsches. Zu sehr tendiert Ehrenamtlichkeit auch formal zu einem „zweiten“ Berufsleben, in dem eher dessen unangenehmen Seiten, Weisungsgebundenheit, niedrige Position, schlechte Bezahlung etc. dominieren.

Auch für den Bereich, den man als „Freizeit“ bezeichnen könnte, zeigt sich also, dass dem demographischen Trend zu längerer aktiver Lebenszeit eine ganze Reihe Hindernisse im Weg stehen, die klare, „lineare“ Prognosen ausschließen. Die hoffnungsvolle Perspektive eines rüstigen, aktiven Alters, die im demographischen Wandel angelegt ist, wird sich also nur gebrochen und mit Verzögerungen durchsetzen.

3. Ein neues Politikmodell

Unter komplexen, unklaren Bedingungen, wie sie die Gegenwart auszeichnen, sind lineare Planungskonzepte genau so unangebracht wie eine entsprechende Prognostik. Man kann nicht mehr davon ausgehen, dass Ziele so formuliert werden können, dass alle planerischen und politischen Aktivitäten sich direkt auf sie beziehen können, d.h. ihre Durchsetzung dienen oder dass nur das geschehen soll, was der Zielrealisierung dient. Nur in einem breiten Rahmen sind Ziele formulierbar und sie dienen einer Bewertung von Planungsschritten und Verfahren, die dem Ziel zumindest adäquat sein, ihm also nicht geradewegs widersprechen sollten.

Moderne Planungstheorie formuliert drei Elemente, die in Planungsabläufen zum Zuge kommen:

Leitbilder: Sie dienen nicht als exakte Definition einer Zukunft der Zielerreichung im Sinne eines Entwurfs, sondern bilden einen Bewertungsrahmen, um einzeln, kleinteilige Vorgänge in Hinsicht ihrer Nützlichkeit für ein bestimmtes Leitbild beurteilen zu können.

Verfahren: In Verfahren zur Planung innerhalb bestimmter Leitbilder werden die Grundlagen formuliert, denen einzelne kleine Schritte oder Vorgänge genügen sollen, z.B. die Vorgabe, dass zur Minimierung von Planungsfehlern und Nebenfolgen alle Einzelschritte möglichst klein gehalten werden sollen.

Akteure: Traditionelle Planungskonzepte nahmen in der Regel einen „allmächtigen“, fast „gottgleichen“ Akteur, in der Regel den „Staat“ an, der als alleiniger Handelnder Planungsziele zu realisieren in der Lage war, aber auch in der Lage sein sollte. Aktuelle Planungskonzepte gehen dagegen immer davon, dass sich in einem Planungszusammenhang zahlreiche unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Wert- und Zielsetzungen und unterschiedlichen Handlungsressourcen tummeln, und dass sich deren Handeln durchaus widersprechen kann, wie das die wenigen Beispiele zu den beschriebenen Feldern ja gezeigt haben.

Dieses Modell lässt sich jetzt, wenn auch in gewisser Abstraktion und Verallgemeinerung für eine Altenpolitik und -planung füllen.

Leitbild einer angemessenen, modernen Seniorenpolitik muss es sein, eine Selbst- und mitverantwortliche Lebensführung so lange wie irgend möglich aufrecht halten. Damit ist auch gesagt, was diesem Leitbild nicht entspricht:

Keine Institutionalisierung des Lebens der Älteren, keine Klientelisierung der Älteren;

Das Alter nicht über Defizite definieren;

Alter nicht als die Persönlichkeit verändernde „Krankheit“ definieren, sondern als Kontinuität des Individuums unter anderen, neuen Lebensbedingungen, Kontinuität und Konstanz der Identität des alten Menschen;

Die Plastizität des Alters anerkennen, seine Vielfalt und seine Chancen nutzen und fördern;

Den „Alten“ nicht auf seine Rolle als potentiellen Kunden reduzieren.

Verfahren: Das zentrale Verfahren, das jede Sozialplanung bestimmen sollte, ist nicht umfassende Steuerung, wie sie in einer Planung mit dem „allmächtigen Akteur“ und eindeutigem, detailliertem Entwurf als Zielformulierungen gedacht war, sondern Kooperation. Bei allen Schritten oder Einzelmaßnahmen, von wem auch immer sie eingeleitet werden und auch, wenn sie sich vordergründig gar nicht mit Seniorenpolitik befassen, sind Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen, die sicher stellen, dass möglichst allem relevanten

Akteuren, und das müssten vorrangig die Alten selber sein, eine hinreichende Willensbekundung durch Beteiligung an Handlungen eröffnet wird.

Akteure: Die zentrale Akteursebene sollte und könnte die so genannte „Zivilgesellschaft“ sein, auch wenn sie unabdingbar von „Staat“ und „Markt“ ergänzt werden muss. Damit wird auch nahe gelegt, dass eine, von Empathie getragene Kooperation die Handlungsform ist, in der sich Alten- oder Seniorenpolitik abspielen sollte, wenn dem formulierten Ziel einer selbst- und mitverantwortlichen Lebensführung entsprochen werden soll. Die abschließende Tabelle zeigt diese Zusammenhänge noch einmal in stark vereinfachter Form und macht deutlich, dass „Altenpolitik“ auf der Ebene der Zivilgesellschaft angesiedelt werden sollte, mit „Staat“ und „Markt“ nur als Ergänzungen.

<i>Akteur</i>	<i>Ressource</i>	<i>Handlungsnorm</i>	<i>Handlungsform</i>
Staat	Macht	Vernunft	Diskurs / Gesetz
Markt	Geld	Interesse	Tausch / Konkurrenz
Zivilgesellschaft	Solidarität	Empathie / Passion	Kooperation / Gegenseitigkeit

Altenpolitik in der Zeit der fordistischen Moderne galt als fast alleinige Aufgabe des Staates, unterstützt von Großorganisationen der freien Wohlfahrtspflege. Die unausweichliche Folge waren normierte, verallgemeinerte, undifferenzierte und unterkomplexe Lösungen, immer verbunden mit einer Tendenz zur Entmündigung der Älteren. Unter den neo-liberalen Tendenzen seit den 1980er-Jahren rückte dann der „Markt“ als zentraler Akteur in den Blick, der die Alten als Kunden betrachtete und unweigerlich zur Vertiefung sozialer Ungleichheit bis zu Polarisierungen führt. Die Defizite sowohl einer Staats- wie einer Marktfixierung öffnen heute wieder das Bewusstsein für die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher, informeller, Lösungen, getragen von Selbstbestimmung, Solidarität und Kooperation zwischen den Älteren selber und zwischen Ihnen und in ihre Schranken gewiesenen Institutionen, die Probleme lösen, sie aber nicht nach ihren Regeln definieren dürfen.